

Antrag

**der Abgeordneten Birgit Stöver, Stephan Gamm, Silke Seif, Dr. Anke Frieling,
Prof. Dr. Götz Wiese (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Schulen und Gesundheitsämter müssen enger zusammenarbeiten –
Hamburg braucht einen Corona-Reaktionsplan**

Die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Schulen und den Gesundheitsämtern läuft noch nicht rund. Das ist die Aussage des Pressesprechers der Schulbehörde (<https://www.abendblatt.de/hamburg/article230173928/Sieben-Neu-Infektionen-an-sechs-Hamburger-Schulen.html>) am 14.08.2020. Zwar liegen die Zahlen der Gesundheitsämter inzwischen schneller vor, die holperige Zusammenarbeit zwischen Schulen und Gesundheitsämtern trägt jedoch nicht gerade zu einer Verringerung der Unsicherheiten bei Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften und Eltern bei.

Sobald ein Corona-Verdachtsfall oder ein bestätigter Fall an einer Schule vom Gesundheitsamt oder der Schule gemeldet wird, ist die Schulgemeinschaft verständlicherweise in tiefer Sorge. Wird der Fall bestätigt? Was folgt dann? Welche Auswirkungen hat der Fall für die betroffenen Klassen? Werden eventuell eine oder mehrere Klassen geschlossen? Werden die Schülerinnen und Schüler, die mit dem betroffenen Schüler in Kontakt waren, nun auch getestet?

Wichtig ist auch eine schnelle und sachliche Information, damit alle beteiligten Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern die höchstmögliche Transparenz erfahren. Hier muss eine enge und konsequente Zusammenarbeit der zuständigen Gesundheitsämter mit den einzelnen Schulen erfolgen.

In Hamburg ist es aufgrund der unterschiedlichen Zuständigkeiten außerdem notwendig, dass die Bezirke sich auf ein einheitliches Vorgehen bei Corona-Verdachtsbeziehungsweise bestätigten Fällen einigen. Andere Bundesländer haben hierfür Corona-Reaktionspläne mit abgestuften Schwellenwerten, ab wann welche Maßnahmen von der Schule und/oder den Gesundheitsämtern eingeleitet werden. So verfügt beispielsweise Schleswig-Holstein über einen Corona-Reaktionsplan (vergleiche https://www.schleswig-holstein.de/DE/Schwerpunkte/Coronavirus/Schulen_Hochschulen/200807_corona-reaktionsplan.pdf;jsessionid=A849CA55236897EB9BCBAC834585F98D.delivery1-master?__blob=publicationFile&v=1). Es ist aus Sicht der CDU-Fraktion unverständlich, warum die Schulbehörde solch einen Reaktionsplan nicht auch für die Hamburger Schulen erstellt und damit für die höchstmögliche Transparenz bei allen beteiligten Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften und Eltern sorgt.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. mit der Schulbehörde und den Gesundheitsämtern einen Corona-Reaktionsplan zu erstellen;
2. sich dabei an dem Reaktionsplan von Schleswig-Holstein zu orientieren, den Plan an die Hamburger Gegebenheiten anzupassen und darin die abgestuften Schwellenwerte sowie Informationsketten (wer informiert wen und wann) zu regeln;

3. die Informationswege zu verstetigen und damit Rückmeldungen zeitnah an die Schulen und damit auch in die Schulgemeinschaft (Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern) sicherzustellen;
4. der Bürgerschaft bis zum 31. Oktober 2020 zu berichten.